

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend
Beibehaltung der Notstandshilfe

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Notstandshilfe erhalten bleibt.

Begründung

Die Regierung plant die Abschaffung der Notstandshilfe, die derzeit nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes bezogen wird. Künftig soll jedeR nach dem Bezug des Arbeitslosengeldes in die Mindestsicherung fallen, was nach derzeitigem Stand bedeuten würde, dass man sein gesamtes Vermögen bis auf rund 4.200 Euro aufbrauchen müsste.

Von der Abschaffung der Notstandshilfe werden österreichweit rund 160.000 und in Oberösterreich rund 16.000 Menschen betroffen sein.

Wenn Menschen nach dem Bezug des Arbeitslosengeldes gleich in die Mindestsicherung fallen, bedeutet das in Zukunft, dass sie neben ihrer Versicherungsleistung, für die sie jahrelang eingezahlt haben, auch gleich ihr Ersparnis verlieren. Betroffen werden auch Familienmitglieder sein, denn die Mindestsicherung ist mit 1.500 Euro gedeckelt.

Auf die Länder und Gemeinden würden damit erhebliche Mehrkosten zukommen, da die Leistungen der Mindestsicherung in den Leistungsbereich der Länder fallen.

Arbeitslosigkeit ist schon jetzt der mit Abstand häufigste Überschuldungsgrund: 37 Prozent der KlientInnen der staatlich anerkannten Schuldenberatungen sind wegen Arbeitslosigkeit oder deutlicher Einkommensverminderung in die Schuldenspirale geraten. Der Wegfall der Notstandshilfe würde hier noch schneller zu Überschuldungen führen, weil das tägliche Leben nicht mehr leistbar ist. Das würde ganze Familien nachhaltig in die Armut stürzen. Wenn das geringe Einkommen aus dem Arbeitslosengeld noch einmal verringert wird, macht das eine

Schuldenrückzahlung fast unmöglich. Das bedeutet auch, dass die Gläubiger um ihr Geld umfallen.

Der Grundsatz des Anlegens eines finanziellen Polsters für unerwartete Ausgaben und Krisenzeiten würde sich damit ad absurdum führen, wenn genau dieser Notgroschen in der Arbeitslosigkeit wieder weggenommen wird.

Linz, am 22. Jänner 2018

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Buchmayr, Schwarz, Böker, Mayr

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Binder, Weichsler-Hauer, Schaller, Bauer